

Niederschrift

11. Sitzung des Sozialausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 19.09.2019
Sitzungsbeginn	18:00 Uhr
Sitzungsende	21:20 Uhr
Ort, Raum:	Gemeinschaftsunterkunft Schackendorf, Waidmannsheil 1, 23795 Schackendorf

Anwesende:

Herr Dr. Christopher Schmidt

Frau Ursula Schwarz

Frau Doris Grote

Vertretung für: Frau Annette
Glage

Frau Ute Algier

Frau Ingrid Helmrich

Vertretung für: Frau Constanze
Rode

Herr Christian Mann

Frau Silke Brandt

Vertretung für: Frau Ulla Lange

Herr Rolf-Dieter Pahl

Herr Heino Dittmayer

Herr Heiko Evermann

Vertretung für: Herrn Christian
Waldheim

Frau Maren Berger

Vertretung für: Herrn Tim
Schnoor

Herr Hans-Georg Becker

Frau Brigitte Osterloh

Frau Anke Pawlik Kreissenjorenbeirat

Vertretung für: Herrn Hans Jee-
nicke Kreissenjorenbeirat

Herr Alexander Storjohann

Herr Holger Pohlmann

Frau Jutta Altenhöner Behindertenbeauftragte

bis 19:25 Uhr

Herr Rainer Schuchardt

Herr Joachim Behm

Herr Arnold Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.

Frau Koch Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.

Herr Hoge Migrationsbeauftragter Jobcenter Kreis
Segeberg

Herr Knapp Geschäftsführer Jobcenter Kreis Sege-
berg

Frau Kühl pro familia

Frau Löhmann FBL Soziales, Jugend, Bildung, Ge-
sundheit

Herr Giesecke FDL Grundsatz- und Koordinierungs-
angelegenheiten Soziales und Integration
Herr Kerder Jugendhilfeplanung
Herr Luckow Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Frau Schätzer Grundsatz- u. Koordinierungsangele-
genheiten Soziales u. Integration
Frau Krüger Gremien, Kommunikation, Controlling

Abwesende:

Frau Annette Glage	-
Frau Constanze Rode	-
Frau Ulla Lange	-
Frau Caerstin Hunger	-
Herr Christian Waldheim	-
Herr Tim Schnoor	-
Herr Hans Jeenicke Kreissenorenbeirat	-

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Formalien
 - 2.1 Genehmigung der Tagesordnung
 - 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 22.08.2019
- 3 Berichte
 - 3.1 Bericht des Trägers Johanniter Unfall-Hilfe e. V. über die Arbeit in der Ge-
meinschaftsunterkunft Schackendorf
 - 3.2 Bericht des Jobcenters;
Sprachförderung im Kreis Segeberg
Vorlage: DrS/2019/218
 - 3.3 Fortschreibung Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention über die
Rechte von Menschen mit Behinderung 2016 - 2019
Vorlage: DrS/2019/222
- 4 Beratung und/oder Beschlussfassung I
 - 4.1 Antrag zur Einrichtung eines Behindertenbeirats
Vorlage: DrS/2019/223

- 4.2 Konzept "Integrierte Sozialplanung im Kreis Segeberg"
Vorlage: DrS/2019/162
- 4.3 Immobilienbedarf des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und der sozialen
Fachdienste des FB III in Norderstedt
Vorlage: DrS/2019/190
- 4.4 Stellenerhöhung in der Gemeinschaftsunterkunft Schackendorf
Vorlage: DrS/2019/219
- 4.5 Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der WI-SE-Fraktion und der Fraktion die
LINKE zur Kostenübernahme für Verhütungsmittel für Personen mit gerin-
gem Einkommen
Vorlage: DrS/2018/199-2
- 4.6 Antrag der Fraktion Freie Wähler zur Imagekampagne Pflege
Vorlage: DrS/2019/172
- 4.7 Antrag der Fraktion WI-SE Exkursionen zu gesundheitlich versorgerischen
Institutionen
Vorlage: DrS/2019/182
- 5 Berichte der Verwaltung
- 5.1 Schlüsselkennzahlenbericht II/2019
Vorlage: DrS/2019/159
- 6 Beratung und/oder Beschlussfassung II

(nichtöffentlich)

- 6.1 Beratung über das Ergebnis der Ausschreibung von Beratungsleistungen
sowie Beschlussfassung zur Vergabe der Aufträge;
hier: Betrieb der Front-Offices
Vorlage: DrS/2019/194

(öffentlich)

- 7 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse
- 8 Verschiedenes
- 8.1 Informationen und Anfragen
- 8.2 Anregungen für die nächste Sitzung
- 9 Einwohnerfragestunde II

Protokoll:

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)**zu 1 Einwohnerfragestunde I**

Es werden keine Fragen gestellt.

zu 2 Formalien**zu 2.1 Genehmigung der Tagesordnung**

Der Vorsitzende teilt mit, dass TOP 4.7 (Antrag der WI-SE) zurückgezogen worden sei. Die Anträge der WI-SE (Prüfauftrag Gemeindeschwester) und der Freien Wähler (Jugendbeauftragter) werden für die nächste Sitzung auf die Tagesordnung genommen.

Es wird einstimmig festgelegt, dass TOP 6.1 nichtöffentlich beraten wird.

Die Tagesordnung wird mit den Änderungen genehmigt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 22.08.2019

Der Vorsitzende erklärt, dass er durch Urlaub und Krankheit erst spät zur Freigabe des Protokolls gekommen sei. Es werden keine Einwände gegen die Niederschrift erhoben, diese gilt damit als genehmigt.

zu 3 Berichte**zu 3.1 Bericht des Trägers Johanniter Unfall-Hilfe e. V. über die Arbeit in der Gemeinschaftsunterkunft Schackendorf**

Frau Koch berichtet über ihre Arbeit in der Gemeinschaftsunterkunft, die aus vielen Verwaltungsaufgaben wie die Zimmerverteilung oder z. B. Kita-Anmeldungen bestünde. Es gebe derzeit 79 BewohnerInnen, davon 24 Kinder. Die meisten BewohnerInnen hätten keine Bleibeperspektive, da sie aus sicheren Herkunftsländern kämen. Sie dürften deshalb nicht arbeiten oder einen Deutschkurs besuchen. Diese Fragen würden seitens der Ausländerbehörde organisiert, in der Unterkunft finde die Betreuung der Menschen statt.

Herr Arnold ergänzt, dass es eine hohe Fluktuation gebe, da BewohnerInnen in eigene Wohnungen oder Unterkünfte der Gemeinden wechseln würden. Einige seien wiederum deutlich länger als die vorgesehenen 6 Monate in der Unterkunft. Man

müsse Tagesstrukturen schaffen und Angebote unterbreiten, um die Unzufriedenheit in Grenzen zu halten und Gewalt oder Kriminalität zu vermeiden.

Herr Giesecke betont, die Zusammenarbeit zwischen Kreis und der Einrichtungsleitung sei nahezu optimal und spricht seinen Dank dafür aus.

**zu 3.2 Bericht des Jobcenters;
Sprachförderung im Kreis Segeberg
Vorlage: DrS/2019/218**

Frau Schwarz bittet um eine tabellarische Übersicht, was angeboten werde und wer diese Kurse besuche. Herr Hoge gibt zu bedenken, dass er nur Daten der Jobcenterkunden erheben könne. Die Kurse werden jedoch auch von Kunden der Agentur für Arbeit und von Selbstzahlern besucht, so dass die Zahlen nicht vollständig und wenig aussagekräftig seien.

Herr Hoge begrüßt ausdrücklich das am 4.11. startende Angebot eines Sprachkurses mit Kinderbetreuung. Für viele Frauen sei die fehlende Kinderbetreuung ein Hinderungsgrund, an einem Sprachkurs teilzunehmen. Herr Giesecke ergänzt, dass die potentiellen TeilnehmerInnen des Sprachkurses mit Kinderbetreuung derzeit ermittelt und angesprochen werden. Er sehe keinerlei Probleme, die Plätze zu belegen.

Herr Dr. Schmidt spricht das Problem der fehlenden Alphabetisierungskurse an. Herr Hoge teilt mit, dass dieses Problem nicht vom Kreis gelöst werden könne. Es gebe eine große Zahl von Flüchtlingen, die auch in ihrer Heimatsprache weder lesen noch schreiben können, da sie im Heimatland vom Schulbesuch ausgeschlossen waren. Ohne diese Kenntnisse sei eine Ausbildung in Deutschland ausgeschlossen.

**zu 3.3 Fortschreibung Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention
über die Rechte von Menschen mit Behinderung 2016 - 2019
Vorlage: DrS/2019/222**

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Fortschreibung des „Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung 2016 – 2019“ unter Einbeziehung aller relevanten Akteure umzusetzen und 2020 zur erneuten Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	1			1
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	11			11

zu 4 Beratung und/oder Beschlussfassung I

zu 4.1 Antrag zur Einrichtung eines Behindertenbeirats Vorlage: DrS/2019/223

Frau Altenhöner erläutert den Antrag und klärt auf, dass es zunächst nur um einen Beschluss gehe, den Behindertenbeirat einzurichten. Wie eine Umsetzung erfolgen solle, könne zu einem späteren Zeitpunkt festgelegt werden.

Herr Mann erklärt, dass er die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen für sehr wichtig halte. Er erkundigt sich jedoch, welchen Mehrwert ein Beirat im Vergleich zur Arbeit der Behindertenbeauftragten habe. Es gebe zudem bereits Behindertenbeiräte in den Städten und Gemeinden, die wertvolle Arbeit vor Ort leisten würden. Frau Altenhöner teilt mit, dass im Behindertenbeirat Menschen mit unterschiedlichsten Behinderungen mitarbeiten könnten, so dass ein viel größeres Fachwissen vorhanden sei und intensiver an Themen gearbeitet werden könne. Sie sei lediglich ehrenamtlich für einige Stunden in der Woche tätig. Die Sprechstunden seien gut besucht, was den Bedarf deutlich zeige. Weiterhin verweist sie auf den Seniorenbeirat, der die Belange der Senioren in den Ausschüssen vertreten könne. Ihr sei es als Einzelperson nicht möglich, alle Ausschusssitzungen zu besuchen.

Frau Löhmann verweist auf den Kommentar zu § 42a der Kreisordnung. Hier sei geregelt, dass gesellschaftlich bedeutsame Gruppen zugelassen seien. Frau Löhmann erläutert, dass das Antragsrecht der Behindertenbeauftragten geprüft wurde mit dem Ergebnis, dass keines besteht. Daher habe die Kreisverwaltung den Antrag für Frau Altenhöner gestellt und unterstützt diesen inhaltlich in Gänze.

Nach Ansicht von Frau Grote sei eine effektive Arbeit über das Büro für Chancengleichheit gewährleistet und viele Belange der Menschen mit Behinderungen seien bereits in Gesetzen geregelt. Als Beispiel nennt sie die Bauordnung, die eine Barrierefreiheit von Öffentlichen Gebäuden vorsehe. Ein Beirat würde Prozesse meist verlängern. Herr Evermann sieht in der Einrichtung eines Behindertenbeirats eine weitere Bürokratisierung und lehne diese deshalb ab. Gleichwohl schätze er die Arbeit von Frau Altenhöner sehr.

Herr Pahl erkundigt sich nach den finanziellen Auswirkungen im Falle der Einrichtung des Behindertenbeirats. Frau Altenhöner teilt mit, dass dies in einer Satzung zu regeln sei, angelehnt beispielsweise an den Seniorenbeirat. Grundsätzlich arbeite der Beirat ehrenamtlich, es kämen lediglich Sitzungsgelder und Fahrtkosten hinzu. Eventuell seien Transporte zu organisieren.

Frau Pawlik ergänzt, dass ein Beirat stets parteipolitisch unabhängig agiere und die Interessen einer gesellschaftlich bedeutsamen Gruppe vertrete. Laut Frau Altenhöner würden die Städte und Gemeinden nicht auf sie als Behindertenbeauftragte des Kreises hören, ein Beirat hätte eine bessere Position. Frau Löhmann teilt auf Nachfrage von Frau Algier mit, dass die Stelle der Behindertenbeauftragten mit der Einrichtung eines Behindertenbeirats vakant wäre.

Herr Dr. Schmidt schlägt vor, den ersten Satz des Beschlussvorschlags zu streichen und die Einrichtung somit heute noch nicht zu beschließen, sondern nur die Voraussetzungen zu prüfen.

Beschlussvorschlag:

Die Beauftragte für Menschen mit Behinderung und die Verwaltung werden beauftragt, die notwendigen Voraussetzungen für die Einrichtung eines Behindertenbeirats zu schaffen, insbesondere den zuständigen Gremien eine Geschäftsordnung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		4		4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	1			1
FDP		1		1
AfD		1		1
WI-SE	1			1
Gesamt	5	6		11

zu 4.2 Konzept "Integrierte Sozialplanung im Kreis Segeberg" Vorlage: DrS/2019/162

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss empfiehlt, der Kreistag beschließt, die Kreisverwaltung zu beauftragen, die Planungen des Fachbereiches Soziales, Jugend, Bildung, Gesundheit (FB III) nach dem Instrument der Integrierten Sozialplanung (ISP) auszurichten und entsprechend umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	1			1
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	11			11

zu 4.3 Immobilienbedarf des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und der sozialen Fachdienste des FB III in Norderstedt Vorlage: DrS/2019/190

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird über den FB V Immobilienverwaltung beauftragt, eine geeignete Immobilie für dezentrale Leistungen durch Fachdienste des FB III Soziales, Jugend, Bildung, Gesundheit anzumieten und die notwendigen Miet- und ggf. Umbaukosten zum Haushalt 2020 anzumelden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	1			1
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	11			11

Pause: 20:25 – 20:45 Uhr

zu 4.4 Stellenerhöhung in der Gemeinschaftsunterkunft Schackendorf Vorlage: DrS/2019/219

Herr Giesecke führt aus, dass es sich nicht um eine Stelle des Kreises handle und die Vorlage falsch titulierte sei. Es gehe um die Erhöhung eines Zuschusses an den Träger. Auf Nachfrage von Herrn Pahl teilt er mit, dass der Personalbedarf zum Zeitpunkt der Ausschreibung festgelegt worden sei. Die Arbeit vor Ort zeige nun, dass das geplante Personal nicht auskömmlich sei, da die Betreuung intensiver als gedacht erfolgen müsse. Es gebe unter anderem viele psychisch kranke Menschen in der Einrichtung.

Beschlussvorschlag:

Der Vertrag mit dem Johanniter Unfall-Hilfe e. V. über den Betrieb der Gemeinschaftsunterkunft in Schackendorf und die Betreuung der dort lebenden Personen soll schnellstmöglich um 0,5 auf dann insgesamt 2,5 Personalstellen erweitert werden.

Die erforderlichen zusätzlichen Mittel in Höhe von 24.000 € jährlich werden in den Haushalten 2020 und 2021 zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		4		4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	1			1
FDP	1			1
AfD		1		1
WI-SE	1			1
Gesamt	6	5		11

zu 4.5 Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der WI-SE-Fraktion und der Fraktion die LINKE zur Kostenübernahme für Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen Vorlage: DrS/2018/199-2

Frau Kühl von ProFamilia erläutert, dass es bisher keine bundeseinheitliche Regelung zu diesem Thema gebe. Das BIKO Projekt werde nicht fortgeführt, die Auswertung des Projektes sei hier abrufbar: [Abschlussevaluation zum Modellprojekt biko – Beratung, Information und Kostenübernahme bei Verhütung](#)

Herr Pahl verweist auf einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der im Bundestag eingebracht worden sei und dort diskutiert werde. Für den Übergang sollte der Kreis eine Lösung herbeiführen.

Frau Löhmann teilt auf Nachfrage von Herrn Mann mit, dass ergänzend zum Antrag verwaltungsseitig ein Formulierungsvorschlag zur Rechtssicherheit unterbreitet worden sei. Die Änderung liege darin, dass im Beschlussvorschlag nun der Anspruch und nicht der tatsächliche Bezug von Leistungen Voraussetzung sei. Herr Giesecke ergänzt, dass die Ansprüche sich relativ leicht ermitteln lassen würden, dies könne der Träger leisten. Frau Kühl bestätigt dies.

Beschlussvorschlag:

1. Die Kosten für ärztlich verordnete Verhütungsmittel werden übernommen für Personen, die entsprechend der Altersgrenze in § 24a Abs. 2 S. 1 SGB V keinen Anspruch auf Kostenerstattung durch die Krankenkasse haben, einen Wohnsitz im Kreis Segeberg haben und die Voraussetzungen für

- a) unterhaltssichernde Leistungen nach dem SGB II oder
- b) unterhaltssichernde Leistungen nach dem SGB XII oder
- c) unterhaltssichernde Leistungen nach dem AsylbLG oder
- d) Leistungen nach § 6a BKKG oder
- e) Leistungen nach BAFöG oder
- f) Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) oder
- g) Wohngeld

erfüllen.

2. Die Kreisverwaltung beauftragt einen geeigneten Träger mit der Prüfung und Auszahlung der Gelder.
3. Die mit Sperrvermerk versehenen Mittel werden in Höhe von 30.000 € freigegeben.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		4		4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	1			1
FDP	1			1
AfD		1		1
WI-SE	1			1
Gesamt	6	5		11

zu 4.6 Antrag der Fraktion Freie Wähler zur Imagekampagne Pflege Vorlage: DrS/2019/172

Frau Osterloh und Herr Schuchardt erläutern den Antrag und stellen dar, dass aus den Fachkreisen immer mehr bemängelt werde, dass Pflegekräfte fehlen. Die Ausbildung sei in der Öffentlichkeit negativ behaftet, dies gelte es zu ändern. Der Antrag beziehe sich speziell auf die ambulante Pflege, da es immer mehr Menschen gibt, die zu Hause gepflegt werden möchten. Frau Algier macht darauf aufmerksam, dass es gar keine Kapazitäten an den Schulen für weitere Ausbildungsplätze gebe. Es müsste beim Land ein Antrag für eine neue Schule gestellt werden.

Frau Löhmann begrüßt den Antrag, stellt aber dar, dass es in der Verwaltung weder Personalressourcen noch das nötige Know-how für eine Werbekampagne gebe. Sie halte die WKS für sehr geeignet, die Werbung zu übernehmen. Es würden entsprechende Gespräche mit Herrn Wrage geführt. Frau Löhmann führt weiter aus, dass es am 24.10. ein Gespräch zum Thema Duales Studium Pflege mit den Klinikchefs, Geschäftsführern der Wohlfahrtsverbände und der Uni Lübeck geben werde.

Herr Hoge teilt mit, dass es Ende November einen Aktionstag „Pflege“ im Jobcenter Kaltenkirchen geben werde, an dem 10 Pflegeunternehmen über die Ausbildung informieren werden.

Herr Schuchardt stellt den Antrag zunächst bis zur Sitzung des Sozialausschusses am 05.03.2020 zurück, um die weiteren Gespräche und Entwicklungen abzuwarten. Er bittet darum, die Maßnahmen, die im Rahmen des Projektes zur medizinischen Versorgung im Kreis geplant sind, in einer der nächsten Sitzungen vorzustellen.

zu 5 Berichte der Verwaltung

zu 5.1 Schlüsselkennzahlenbericht II/2019 Vorlage: DrS/2019/159

Der Vorsitzende regt an, sich in der Sitzung am 24.10.2019 oder am 05.03.2020 mit den Schlüsselkennzahlen zu beschäftigen und bittet die Verwaltung, dies entsprechend vorzubereiten.

zu 7 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende gibt den in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschluss bekannt:

TOP 6.1 Beratung über das Ergebnis der Ausschreibung von Beratungsleistungen sowie Beschlussfassung zur Vergabe der Aufträge; hier: Betrieb der Front-Offices

Es sind Verträge mit den nachfolgend genannten Trägern über die Erbringung der Dienstleistung "Front Office" an Beratungsstandorten für die Zeit vom 01.01.2021 bis zum 31.12.2025 abzuschließen:

- Region Nord – Bornhöved: Therapiehilfe e.V.
- Region West – Henstedt-Ulzburg: Therapiehilfe e.V.

zu 8 Verschiedenes

zu 8.1 Informationen und Anfragen

Herr Giesecke teilt mit, dass der Integrationskurs mit Kinderbetreuung am 4.11. startet. Er habe die Hoffnung, dass das Projekt von anderen Städten aufgegriffen werde.

Für die Fördermittel des Projekts Hauptamt stärkt Ehrenamt habe der Kreis keinen Zuschlag erhalten, der Kreis werde dennoch an den Veranstaltungen teilnehmen, wenn die Personalressourcen dies zulassen.

Am 09.09.2019 habe der Fachtag Integration stattgefunden. Eine Dokumentation befindet sich hier: <https://www.segeberg.de/Quicknavigation/Startseite/Fachtag-Integration.php?object=tx,2211.1&ModID=7&FID=2211.11885.1&NavID=2211.42>

Die Gemeinschaftsunterkunft Warder werde zum 31.12. geschlossen, derzeit gebe es noch 30 Bewohner, die anderweitig untergebracht werden.

Frau Schätzer berichtet, dass das Bundessozialgerichts zum schlüssigen Konzept

2011 festgestellt habe, dass dieses nicht rechtswidrig sei. Eine Entscheidung sei an das Landessozialgericht verwiesen worden, das Jobcenter sei zum Nachbessern aufgefordert worden. Da eine Neuaufstellung sehr teuer sei, werden alternativ Vergleiche angestellt. Herr Dr. Schmidt regt an, das Thema in einer der nächsten Sozialausschusssitzungen auf die Tagesordnung zu nehmen.

Frau Löhmann verweist auf die Haushaltsvorberatungen für den Sozialausschuss am 05.11.2019 um 18 Uhr. Am 24.10.2019 findet die Arbeitsgruppensitzung der freien Wohlfahrtsverbände statt, die Einladung wird noch versandt.

Frau Löhmann bittet um zahlreiche Teilnahme an den Kuratoriensitzungen, da in der letzten Zeit nur wenige Fraktionen vertreten waren.

zu 8.2 Anregungen für die nächste Sitzung

Frau Löhmann nennt folgende mögliche Themen:

- Antrag der Freien Wähler zum Kreisjugendbeauftragten
- Familienpflege
- Bericht des Forums Migration
- Antrag des Pflegestützpunktes zur Koordination des Ehrenamtes
- Rückkehrmanagement
- Antrag KAST

zu 9 Einwohnerfragestunde II

Es werden keine Fragen gestellt.

Der Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Gez. Dr. Christopher Schmidt
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Frau Krüger
(Protokollführung)